



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 1. 10. 2017

Inhalt

La débâcle de l'école – 10 Jahre danach.....	1
Erzwungene Durchmischung.....	2
In Untereggen halten bereits Kindergärtler Vorträge.....	3
Kommentar.....	4
Pressemitteilung des Initiativkomitees „Gute Schule Graubünden“ vom 25.9.2017.....	6
Luzern wird nicht zur Spracheninsel.....	7
Die Löhne bleiben, wie sie sind.....	8
«Der Entscheid hat eine verheerende Signalwirkung».....	9
Gymi-Lehrer kritisieren neue «Verhaltensnote».....	9

La débâcle de l'école – 10 Jahre danach

Lvb inform Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

Editorial 1

Liebe Leserin, Lieber Leser

Im Jahr 2007 erschien ein aussergewöhnliches Buch: «La débâcle de l'école – une tragédie incomprise» von Laurent Lafforgue. Dass ein Wissenschaftler von Weltrang – Lafforgue ist Träger der Fields-Medaille, einer Art Nobelpreis für Mathematik – im Verbund mit weiteren Geistesgrössen ein 250-seitiges Werk über Fehlentwicklungen im Schulwesen verfasst, ist keine Alltäglichkeit. Verblüffend ist, wie das, was die Autoren damals über die Schulen Frankreichs geschrieben haben, heute den Kern nahezu aller bildungspolitischen und pädagogischen Debatten hierzulande bildet. Überzeugen Sie sich selbst anhand der folgenden Beispiele:

Zur Verteufelung instruktiven Unterrichts und der Überhöhung autonomen Lernens: «*Der Konstruktivismus hat sich zu einem der mächtigsten Faktoren in der Zerstörung der Schule entwickelt, seit er es geschafft hat, jede Art von Frontalunterricht zu verbieten, der als «dogmatisch» hingestellt wurde, und ihn durch eine Praxis zu ersetzen, die vorgibt, nur auf autonomes, forschendes und individuelles Lernen zu setzen. [...] Wenn die Lehrer den Doktrinen der Lehrerbildungseinrichtungen folgen, werden die Schüler mit komplexen Texten konfrontiert, an denen sie die grammatischen Regeln entdecken sollen. Als Folge davon gibt es zwei Kategorien von Schülern: diejenigen, deren Eltern die Regeln kennen und sie ihnen erklären, und andere, die verloren sind [...].*»

Vom liederlichen Umgang mit der Kulturtechnik Schreiben: «*In Französisch [...], wo die*

alten Programme [...] forderten, die Konjugationen zu lernen, «laden die neuen Programme dazu ein, die Veränderungen in der Verbalform zu beobachten.» Das Ergebnis liegt auf der Hand: Selbst in den höheren Schulen meistert die überwiegende Mehrheit der Schüler die Konjugation [...] nicht mehr. Das Gleiche gilt für die Rechtschreibung [...].»

Über die Output-Orientierung und standardisierte Checks: «Der Wunsch, den Unterricht der wissenschaftlichen Methode zu unterwerfen, führt dazu, die Inhalte auf das exklusive Lernen mechanischer Verfahren und auf standardisierte Tests zu reduzieren, deren Korrektur automatisiert werden kann. Diese Haltung stützt sich [...] auf eine Vorstellung vom Menschen als Maschine. [...] Aber der Schüler, den es anzuregen und geistig zu formen gilt, [...] ist ein menschliches Wesen.»

Von untauglichen Lehrmitteln und Verstössen gegen basale didaktische Prinzipien: «Wenn es wenigstens gute, reichhaltige, gut strukturierte und anregende Bücher gäbe [...]. Im Unterricht sollen sich die Kinder Schritt für Schritt Wissen über die Welt aneignen, das bereits ausgearbeitet ist und über das der Lehrer verfügt. [...] Wenn man [...] die aufbauende Struktur [...] in Frage stellt und sich weigert, vom Einfachen und Elementaren zum Komplexeren voranzuschreiten, [...] kann sich ein gesundes Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern nicht einstellen. Damit wird ein [...] rationaler Zugang zum Unterricht versperrt [...].»

Überaus spannend zu lesen ist, wie Lafforgue vor den Konsequenzen der anwachsenden Dominanz der sogenannten «Bildungswissenschaften» über die Berufspraxis warnte: «Weil sie sich als «wissenschaftlich» ausgegeben haben, konnten sie die traditionellen Unterrichtsmethoden diskreditieren, sie als blosses Handwerk denunzieren und die alten Lehrerbildner aus den Lehrerbildungseinrichtungen verjagen, deren Know-how verloren gegangen ist.» Lafforgue beschrieb die Gefahr, wonach viele Lehrkräfte «sich einer so erhabenen Autorität anschliessen werden, selbst wenn die Handlungsanweisungen, die man ihnen gibt, ihren Erfahrungen widersprechen.»

Wenn ich mir zum neuen Schuljahr etwas wünschen darf, dann einen selbstbewussten Berufsstand, der seine – durchaus heterogenen – Überzeugungen mit Scharfsinn und Verve vertritt. Sollte es so etwas wie «evidenzbasierte Bildungsforschung» geben, dann wird sie von uns Lehrkräften geleistet. Es besteht kein Anlass, langjährige, erfolgreiche Berufserfahrung jeder noch so ominösen «Expertenmeinung» gegenüber kleinzureden. Wer allerdings gesenkten Hauptes durchs (Berufs-)Leben geht, dem kann schlechterdings auf Augenhöhe begegnet werden.

Freundliche Grüsse

Roger von Wartburg Präsident

Erzwungene Durchmischung

Zürcher Bote 15.9.2017, Städte Zürich und Winterthur, Fadegrad

Von Stefan Urech

Früher wurden die Zürcher Schülerinnen und Schüler der Primarschul-Oberstufe gemäss ihrer Leistungsfähigkeit in Sekundarschule (später Sek A), Realschule (später Sek B), Oberschule (später Sek C) und Sonderklassen eingeteilt. Doch nachdem sich die rot-grüne Durchmischungsideologie mehr und mehr durchzusetzen begann, wurde in der Zürcher Oberstufe die Gleichmacherei unter dem Motto «Integration» so konsequent

voran- getrieben, bis kein Stein auf dem anderen blieb. In einem ersten Schritt wurde ein grosser Teil der Sonderschüler in die C-Klassen integriert. Bald darauf wurden die B- und C-Klassen miteinander verschmolzen, sodass schlussendlich nur die beiden Zuteilungsoptionen Sek A und Sek B übrigblieben. Neuerdings wird in einzelnen städtischen Schulhäusern bereits nur noch in gemischten A/B Klassen unterrichtet. Als Folge davon sitzen Schüler, die von der Leistungsfähigkeit eines Gymnasialschülers nur minim abweichen, und Kinder mit ausgeprägten Konzentrations- und Verhaltensstörungen in derselben Klasse, in der die Schnellen die Aufgaben bereits gelöst und die Thematik verstanden haben, während andere noch damit hadern, welches Fach gerade unterrichtet wird. Viele Schüler werden dadurch unter- respektive überfordert. Mit der Verteilung von verschiedenartigen Aufgaben und Aufträgen ist diesem Problem nicht beizukommen. Die von den Linken propagierte Lösung besteht darin, dass in stark durchmischten Klassen eine zusätzliche, speziell ausgebildete Lehrperson unterrichtet («integrierte Förderung»). Der Erfolg dieser sehr teuren Massnahme wird allerdings weder überprüft noch hinterfragt. Theoretisch werden die Fächer Mathematik und Französisch zwar immer noch überall auf verschiedenen Niveaus unterrichtet. Allerdings geschieht dies jeweils gleichzeitig in der gleichen Klasse bei derselben Lehrperson! Diese müssen jede Lektion doppelt vorbereiten und können trotz gutem Willen die teilweise entgegengesetzten Bedürfnisse nicht optimal befriedigen. Die aufgezwungene Durchmischung gefährdet unser erfolgreiches Bildungssystem, denn sie bewirkt eine generelle Nivellierung nach unten. Das belegen Vergleiche von Leistungstests mit ländlichen Zürcher Gemeinden, wo noch konsequent Sek A- und Sek B-Klassen geführt werden. Viele Eltern sind mit der Einteilung ihres Kindes in eine gemischte A/B Klasse nicht glücklich. Zusammen mit meinem Gemeinderatskollegen Dubravko Sinovic habe ich dem Stadtrat ein Postulat überreicht, in dem wir ihn darum bitten, dass in der Stadt Zürich überall eine echte Wahlmöglichkeit zwischen einer A-Klasse und einer gemischten A/B-Klasse gewährleistet wird. So sollen unzufriedene Eltern nicht indirekt gezwungen werden, auf eine Privatschule auszuweichen. Eine leistungsorientierte Sekundarschule ist und bleibt nämlich eine wichtige Voraussetzung für unser erfolgreiches duales Berufsbildungssystem.

In Untereggen halten bereits Kindergärtler Vorträge

Tagblatt online 24.9.2017, Auszüge

UNTEREGGEN · Gehen Sie in Untereggen zur Schule, müssen Kinder ab dem zweiten Kindergartenjahr Vorträge halten. Sie würden dadurch selbstständiger und kompetenter, sagt der Schulleiter. Ein Kinderarzt übt Kritik.

Janina Gehrig

Krokodile, Hasen, Detektive oder Velos. Fragt man Kindergärtler, wofür sie sich interessieren, nennen sie beispielsweise diese Dinge. Gehen sie in Untereggen zur Schule, müssen sie ab dem zweiten Kindergartenjahr dazu Vorträge halten. «Ist das wirklich sinnvoll?», fragte sich die Mutter eines Kindes, das im Kindergarten seinen ersten Vortrag gehalten hat und mittlerweile die Primarschule besucht. Die Präsentation vor den versammelten Eltern an einem Morgen sei zwar «herzig» gewesen. «Ich fand die Übung aber etwas künstlich. Warum lässt man die Kinder in diesem Alter nicht einfach spielen?», sagt sie. So habe es Kinder gegeben, die Wörter aus Büchern «abgemalt» hätten, deren Buchstaben sie aber noch gar nicht gelernt hätten. Sie halte es auch für fragwürdig, dass bereits Fünfjährige «ihr Thema» auf einem Plakat oder in einem Heft «umsetzen» mussten. Irritiert habe sie auch, dass die Übung nicht auf freiwilliger Basis durchgeführt wurde.

Alle Kinder sollen von Förderung profitieren

Die Primarschule Untereggen, die derzeit rund 130 Schüler und Kindergärtler zählt, richtet gemäss Homepage ein besonderes Augenmerk auf den Begabungsförderungsunterricht. Dabei wird auf das Schulische Enrichment-Modell (SEM) verwiesen, das «anspruchsvolles und lustvolles Lernen sowie positive Leistungserfahrungen» verspricht. [...]

Kritik an zunehmender Verschulung des Kindergartens

Anderer Meinung ist Kinderarzt Hannes Geiges aus Rüti. Er stellt fest, dass im Kindergarten vermehrt schulische Inhalte eingesetzt werden, eine Verschulung also tatsächlich stattfindet. Der Lehrplan-21-Kritiker befürchtet, dass das kognitive Lernen zunehmend überbewertet wird.

Selbstorganisiertes Lernen sei zwar wichtig. «Die Frage ist aber, ab welchem Alter dies geschieht.» Und Geiges schiebt nach: «Wenn kognitives Lernen schon im Kindergarten wichtiger wird als Gefühlsschulung wie Märchen hören, Rechenspiele wichtiger werden als manuelles «Schaffen», Singen oder Tanzen, ist das in Zukunft ein Problem für unsere Kinder und die Gesellschaft.» Geiges plädiert auch dafür, dass den Kindern in diesem Alter wieder mehr Einfühlungsvermögen statt Konkurrenzdenken beigebracht werde.

Auch das freie Spiel sei sehr wichtig. «Man muss die Kinder unbedingt sich auch langweilen lassen.» Nur so liessen sie sich etwas «einfallen» und entwickelten eigene Ideen.

«Falsch, von Projektarbeit und Vorträgen zu sprechen»

Zu den besagten Vorträgen hat er eine gemischte Haltung. Dass Kinder etwa ihre «Bäbis», Haustiere oder selbst gebastelte Autos in den Kindergarten mitbringen, um sie den anderen Kindern vorzustellen und zu erklären, sei nichts Neues. Er findet es aber falsch, wenn man bei Kindergärtlern von Projektarbeit, Vorträgen oder Präsentationskompetenz spreche. «Das verunsichert die Eltern sehr.» Geiges berichtet denn auch von Eltern, die mit A4-Blättern bei ihm vorbeikamen, auf denen die Kindergartenlehrperson die Kompetenzen und Defizite ihres Kindes aufgelistet hatte. Geiges rät stattdessen, etwa von «Erzähltag» zu sprechen und die Vorträge von den Kindern nicht «einzufordern», sondern als Arbeitsinstrument möglichst auf freiwilliger Basis einzusetzen.

Schulleiter Thomas Allmann indes ist überzeugt davon, dass die Eltern, die derzeit kritisch eingestellt seien, «später einmal begeistert sein werden, wenn ihr Kind in der 6. Klasse ist».

School Enrichment Model

Das Schulische Enrichment Model (SEM) wurde an amerikanischen Schulen entwickelt. Es soll Lernende ermutigen, ihre Fähigkeiten und Talente in begabungsgerechten Projekten zu entwickeln, was kreativ-produktive Hochleistungen zutage fördern kann. In Lernateliers bearbeiten die Schüler Themen oder Problemstellungen und entwickeln in Begleitung der Lehrperson in sieben Schritten eigene Projekte. Dabei lernen sie möglichst professionelle Arbeits- und Denktechniken kennen. Das soll ihren Horizont erweitern und neue Interessen wecken. Mehrere Schulen in der Schweiz arbeiten nach dem Begabungsförderungsmodell. Die Primarschule Untereggen hat das Modell 2003 eingeführt. 2006 gewann sie dafür den Lissa-Preis – ein Preis für Schulen, die Wert auf Stärken und Begabungen legen. (jan)

Kommentar

In der Primarschule Untereggen, einer Lehrplan 21-konformen Mischung aus Kindergarten und Primarschule, werden bereits mit Fünf- und Sechsjährigen sogenannte «Projekte» durchgeführt, deren Höhepunkt Vorträge der Kindergärtler sind. «Mit dem Modell sei man

,topaktuell' auf den neuen Lehrplan eingestellt, weil Kinder übergeordnete Kompetenzen lernten», so Schulleiter Thomas Allmann.

Der Artikel gibt am Beispiel «Präsentationskompetenz» einen perfekten Einblick in das kompetenzorientierte Schulmodell und erhärtet hundertprozentig die Kritik der Gegner.

Das «Projekt» Vorträge ab dem Kindergarten hat laut Schulleiter Allmann und den sich dazu äussernden Vertretern der Pädagogischen Hochschulen (PH) Bern und St. Gallen folgende Ziele:

- Die 5- und 6-jährigen sollen «etwas vorzeigen und vorspielen können».
- Den Kindern werde «schon früh die Scham vor Auftritten genommen».
- Dies sei «ein wunderbarer Anlass, an der Präsentationskompetenz der Kinder zu arbeiten»
- «Unterschiede zwischen den Kindern» würden «ausgeglichen» (Chancengleichheit)

Verstehen des Inhaltes ist kein Thema

Im ganzen Artikel ist mit keinem einzigen Wort die Rede davon, ob die Kinder inhaltlich etwas lernen, ob sie verstehen, was sie vor der Klasse präsentieren. «Geschult» wird ausschliesslich die «Kompetenz», eine Show abzuziehen. Das ist zwar «herzig», wie die Mutter im Artikel sagt, aber die ganze Übung sei «etwas künstlich» gewesen. Ob das vortragende Kind oder die zuhörenden Kinder etwas gelernt haben, ist nicht Thema dieser künstlichen Übung.

Grosser Schaden im Gemüt des Kindes wird angerichtet

Kindergartenkinder hätten «Wörter aus Büchern ‚abgemalt‘ [...], deren Buchstaben sie aber noch gar nicht gelernt hätten», so die Mutter. – Dies ist nicht nur unnützlich, sondern ausserordentlich schädlich für das kindliche Gemüt und sein Selbstvertrauen. Wenn das Kind etwas vorzeigen muss, was es wegen fehlender kognitiver Grundlagen gar nicht verstehen kann, hat dies eine grosse Verunsicherung zur Folge. Das Gefühl, dumm zu sein, weil es die Wörter nicht lesen kann, kann sich tief in das kindliche Gemüt eingraben.

Unrealistische Selbsteinschätzung statt Selbstvertrauen

«Kinder unserer Schule sind später selbstständiger und haben überdurchschnittliche Arbeitskompetenzen und Selbstvertrauen», so Schulleiter Allmann.

Wenn diese «Kompetenzen» nicht auf einer soliden Wissensbasis stehen, kann dies für das Kind ebenso katastrophal sein wie der Glaube, dumm zu sein. Die Einbildung, mehr zu können als sie tatsächlich können, führt in vielen Fällen dazu, dass die Kinder nicht mehr auf ein kontinuierliches und kleinschrittiges Lernen eingestellt sind. In Untereggen zum Beispiel erhielten die Fünf- und Sechsjährigen nicht nur Applaus von ihren Mitschülern, sondern von der ganzen Elternschaft, die zu dieser Show eingeladen war. Dies kann dazu führen, dass manche Kinder glauben, «gut» zu sein, ohne lernen zu müssen. Eine derartige Fehleinschätzung ihres eigenen Könnens und ihrer ganzen Persönlichkeit tragen viele durch die ganze Schulzeit und darüber hinaus mit. In meinem Alltag als Berufsschullehrerin sind sie mir wieder begegnet: Jugendliche, die Power-Point-Präsentationen mit vielen blitzenden Action-Elementen, aber mit wenig, schlecht aufgebautem oder gar unverständlichem Inhalt hinlegten, ohne dass sie vom Thema etwas verstanden haben und ohne dass ihre Mitschüler etwas gelernt haben. Wirkliches Selbstvertrauen sieht anders aus. Es ist ein grosses Unrecht an unserer Jugend, sie derart schlecht gerüstet in die Zukunft zu entlassen.

Kinderarzt kritisiert die zunehmende Verschulung des Kindergartens

«Wenn kognitives Lernen schon im Kindergarten wichtiger wird als Gefühlsschulung wie

Märchen hören, Rechenspiele wichtiger werden als manuelles «Schaffen», Singen oder Tanzen, ist das in Zukunft ein Problem für unsere Kinder und die Gesellschaft» so Kinderarzt Hannes Geiges. Den Kindern in diesem Alter müsse auch wieder mehr Einfühlungsvermögen statt Konkurrenzdenken vermittelt werden, und es müsse viel Raum sein für das freie Spiel.

Förderung einer kleinen Elite nach einem US-Modell statt Chancengleichheit

Die Behauptung der sogenannten Bildungsexperten im Artikel, das in Untereggen verwendete «School Enrichment Model (SEM)» trage zur Chancengleichheit der Kinder bei, steht auf tönernen Füßen. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Modell aus den USA zur «Förderung von Höchstleistungen» und zum Erwerb «möglichst professioneller Arbeits- und Denktechniken». Kurz gesagt: Nicht die Chancengleichheit, sondern die sozial ungerechte Förderung der Besten ist das Ziel dieses Modells. Während in den USA ein grosser Anteil von Unterschicht-Kindern nur eine rudimentäre Schulbildung erhalten, werden mit Methoden wie SEM die zukünftigen Spitzenkräfte für Silicon Valley und das Pentagon herangezüchtet.

Wollen wir Schweizer eine solche Ausrichtung für unsere Jugend? Eher nicht!

Marianne Wüthrich, Wil

Pressemitteilung des Initiativkomitees „Gute Schule Graubünden“ vom 25.9.2017

Initiativkomitee «Gute Schule Graubünden» sagt Teilnahme an der Parolenfassung des LEGR ab. Voraussetzungen für konstruktive Diskussion nicht gegeben!

Im Frühjahr wurden die beiden Initiativen «Mitsprache bei wichtigen Bildungsfragen» und «Mitsprache bei Lehrplänen» eingereicht und formal als gültig erklärt. Wann die Initiativen zur Abstimmung kommen, ist noch offen.

Ende August wurde das Initiativkomitee von der Geschäftsleitung des LEGR eingeladen, anlässlich der Parolenfassung die Initiativen an der diesjährigen Delegiertenversammlung vorzustellen. Das Komitee begrüßte diese Einladung und wertete sie als den Beginn einer fairen Auseinandersetzung über die Zukunft der Volksschule. Vor einigen Tagen wurde dem Initiativkomitee ein Papier mit der Stellungnahme der Geschäftsleitung des LEGR zu den Initiativen zugespielt, welches im Vorfeld an alle Delegierte versandt wurde. In diesem neunseitigen Schreiben kommt eine tendenziöse und respektlose Haltung gegenüber den Initiativen und den Initianten zum Ausdruck. Zudem beantragt die Geschäftsleitung des LEGR, Fr. 20'000 aus der Vereinskasse für den Abstimmungskampf gegen die Initiativen zu sprechen.

Unter diesen Voraussetzungen verzichtet das Initiativkomitee auf die Teilnahme an der Delegiertenversammlung.

Worum geht es bei den Initiativen?

Der auf Kompetenzen ausgerichtete Lehrplan 21 wird den Schulbetrieb grundlegend verändern. Es wird ein Systemwechsel in der Volksschule eingeleitet, der in anderen Ländern wegen negativer Folgen bereits wieder rückgängig gemacht wird. Wir Bürger sind darüber weder ausreichend informiert worden, noch konnten wir über diesen Wechsel entscheiden.

Wir fordern daher mit der **Verfassungsinitiative «Mitsprache in wichtigen Bildungsfragen»**, dass in Zukunft grundlegende, wichtige Änderungen in Bildungsfragen im Parlament beraten werden müssen und nicht an der Öffentlichkeit vorbei ohne Diskussion eingeführt werden können.

Mit der **Gesetzesinitiative «Mitsprache bei Lehrplänen»** geht es darum, dass in den Lehrplänen grundlegende Inhalte und Ziele des Unterrichts für die einzelnen Klassen sowie verbindliche Jahresziele wie bisher ausdrücklich formuliert werden müssen, was im Lehrplan 21 nicht mehr vorgesehen ist.

Das Hauptziel unserer Initiativen ist, dass die demokratische Kontrolle der Volksschule gestärkt wird und unsere Kinder nicht unzureichend abgestützten Schulreformen ausgesetzt werden. Graubünden ist Harnos nicht beigetreten. Dies eröffnet Spielraum für eine eigenständige auf unseren Kanton zugeschnittene Schulentwicklung, die auf den bewährten und weltweit erfolgreichen Grundlagen des Schweizer Schulwesens aufbaut. Nutzen wir ihn!

Komitee Gute Schule Graubünden

Luzern wird nicht zur Spracheninsel

NZZ vom 25.9.2017, Schweiz

In Luzern lernen die Primarschüler weiterhin Französisch und Englisch. Die Gegner des Frühfranzösischs scheiterten damit in einem weiteren Kanton mit einer Volksinitiative.

Erich Aschwanden

Es ist eine ganze Kaskade von Abstimmungen, die in der Schweiz in den letzten Jahren für heftige Emotionen gesorgt haben. Am Sonntag hatten die Stimmberechtigten des Kantons Luzern zu entscheiden, ob in Zukunft nur noch eine Fremdsprache auf der Primarschulstufe gelehrt werden sollte. Ihr Verdikt fiel gleich aus wie bei allen bisherigen Plebisziten: Die Volksinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» wurde mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 57,6 Prozent abgelehnt. Die Stimmbeteiligung lag bei 50,3 Prozent.

Ja in ländlichen Gebieten

Somit wird in Luzern weiterhin Englisch ab der 3. Klasse unterrichtet und in der 5. Klasse mit Französisch begonnen, wie in der übrigen Zentralschweiz. Luzern wird nicht zur Spracheninsel. Doch das Volksverdikt im grössten Innerschweizer Kanton fiel weniger deutlich aus als im Mai in Zürich, wo die Ablehnung einer Initiative mit ähnlicher Stossrichtung bei über 60 Prozent lag. Auch im Kanton Nidwalden lag die Zustimmung für zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe vor zweieinhalb Jahren höher.

Der vergleichsweise hohe Ja-Anteil könnte darauf zurückzuführen sein, dass sich neben dem Lehrerverband auch der kantonale Gewerbeverband für die Volksinitiative ausgesprochen hatte. Eine Analyse der Resultate zeigt, dass das Volksbegehren in ländlichen Gebieten durchaus Anklang fand, während es in städtischen Regionen keine Chance hatte. In den Gemeinden des Entlebuch konnten die Initianten eine Ja-Mehrheit einfahren, und auch im Hinterland war die Zustimmung vergleichsweise hoch. Eine klare Abfuhr erteilten die Stimmberechtigten der Vorlage hingegen in der Stadt Luzern mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 66,3 Prozent.

Befriedigung herrschte nach dem teilweise emotional geführten Urnengang beim Luzerner Regierungsrat. «Die Luzerner Schülerinnen und Schüler sollen weiterhin schon in frühen Jahren mehrsprachige Erfahrungen machen können und dieselben Chancen haben wie Lernende in anderen Kantonen», erklärte Bildungsdirektor Reto Wyss (cvp.). Das erleichtere massgeblich den Austausch auf den einzelnen Stufen, zum Vorteil der Kinder.

Das klare Abstimmungsergebnis ist laut Wyss auch angesichts der chronisch angespannten Finanzsituation Luzerns günstig: Eine Abkehr vom heutigen Konzept hätte eine umfassende Reform nach sich gezogen, die sich in der Überarbeitung von Lehrmitteln und Wochenstundentafeln bis hin zur Lehrerausbildung niedergeschlagen hätte.

Beim Initiativkomitee zeigte man sich enttäuscht über die Rolle, die der Luzerner Regierungsrat im Abstimmungskampf gespielt hatte. «Die Regierung hat sich sehr manipulativ verhalten, indem sie damit drohte, den Englischunterricht auf die Oberstufe zu verschieben», sagt SVP-Kantonsrätin Barbara Lang verärgert in einer ersten Reaktion. Angesichts der massiven Propaganda sei das Resultat nicht schlecht ausgefallen.

Auch Graubünden entscheidet

Die Initianten hatten es bewusst offengelassen, welche der beiden Fremdsprachen in Zukunft auf die Sekundarstufe verschoben werden sollte. Doch es war klar, dass sich das Begehren gegen das Frühfranzösisch richtete. «Dem Initiativkomitee ging es um das Wohl der Kinder, der Lehrer und der Eltern. Für die Gegenseite stand die Machtfrage im Zentrum», sagt Barbara Lang. Gegen das Schlagwort des nationalen Zusammenhalts, das von der Gegenseite immer wieder bemüht worden sei, komme man nicht an.

Nach dem Urnengang im Kanton Luzern steht ein ähnlicher Entscheid noch in Graubünden an. Dies, nachdem das Bundesgericht im Mai die Bündner Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule» für gültig erklärt hatte. In diesem Kanton ist die Frage noch heikler als anderswo, geht es doch in Graubünden nicht nur um Englisch oder Französisch. Im Kanton Zug hat das Parlament vor kurzem eine Motion von SVP und FDP überwiesen, die von der Exekutive eine Vorlage für die Abschaffung des Frühfranzösisch verlangt. So schnell wird also in der Sprachenfrage keine Ruhe einkehren.

Die Löhne bleiben, wie sie sind

ZürichseeZeitung vom 20.9.2017, Zürich

PROZESS Die Zürcher Kindergärtnerinnen haben ihren jahrelangen Kampf für höhere Löhne verloren. Das Bundesgericht hat gestern ihre Klage wegen Lohndiskriminierung abgewiesen. Aufgeben wollen die Betroffenen trotzdem nicht.

Die Lehrpersonen auf Kindergartenstufe werden im Kanton Zürich nicht diskriminierend entlohnt. Das Bundesgericht hat gestern die Beschwerde dreier Kindergärtnerinnen, des Verbands Kindergarten Zürich (VKZ), des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) und des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands (ZLV) in seiner öffentlichen Urteilsberatung mit 3:2 Stimmen abgewiesen. Es sei den Beschwerdeführerinnen nicht gelungen, glaubhaft zu machen, dass die Löhne der Lehrpersonen auf Kindergartenstufe im Kanton Zürich diskriminierend sind, urteilte die Mehrheit des Richterremiums.

Konkret standen zwei Punkte zur Debatte: die Einstufung der Kindergärtnerinnen im Lohnsystem des Kantons sowie die Tatsache, dass ein «volles Pensum» auf Kindergartenstufe lediglich mit 87 Prozent entlohnt wird. Zusammen ergibt sich dadurch im Vergleich zu Primarlehrkräften eine Lohndifferenz von rund 15 Prozent. [Ganzer Artikel](#)

«Der Entscheid hat eine verheerende Signalwirkung»

ZürichseeZeitung vom 20.9.2017, Zürich, NACHGEFRAGT

Interview mit Brigitte Fleuti Präsidentin Verband Kindergarten Zürich

Ist das Thema mit dem Bundesgerichtsentscheid für Sie vom Tisch?

Brigitte Fleuti: Nein. Es ist wie damals mit dem Frauenstimmrecht: Wir bleiben dran und kämpfen weiter um die volle Anerkennung. Irgendwann wird sie uns zuerkannt werden. In Japan ist es so, dass die Lehrpersonen auf der Kindergartenstufe am besten bezahlt werden. Weil man dort weiss, dass Dinge, die man im Kindheitsalter nicht lernt, später kaum noch nachgeholt werden können.

Mit welchen Mitteln wollen Sie das Ziel weiterverfolgen?

Wir werden zunächst unsere weiteren Möglichkeiten prüfen. Wir werden sicher auf politischem Weg noch einmal darlegen, welche Mehraufgaben wir in den vergangenen Jahren übernommen haben. Ich möchte vom Volksschulamt gerne hören, wo wir Abstriche machen sollen, um eine Wochenarbeitszeit von 36,5 Stunden einzuhalten. Mein Pädagogenherz sagt mir natürlich, dass man bei den Kindern keine Abstriche vornehmen darf.

Haben Sie Verständnis für die Begründung des Entscheids?

Der Entscheid ist mit 3:2 Stimmen sehr knapp ausgefallen. Er mag zwar rein juristisch gesehen korrekt sein, aber aus pädagogischer und gesellschaftlicher Sicht hat er eine verheerende Signalwirkung. Das ist sehr bedauerlich. Wir haben immer 100 Prozent gearbeitet – und jetzt soll das nur noch 87 Prozent wert sein.

Wie beurteilen Sie die Folgen des Entscheids?

Wir Kindergartenlehrpersonen haben vollen Einsatz gegeben und 42 Stunden pro Woche gearbeitet. Zukünftig haben wir noch 36,5 Stunden, um unseren Job zu erfüllen, der früher als 100-Prozent-Stelle gegolten hat. Wir werden also weniger Zeit haben, um uns um die Kinder zu kümmern, den Unterricht vorzubereiten, mit den Eltern in Kontakt zu sein oder um Fachliteratur zu neuen Herausforderungen zu lesen.

Verliert der Beruf infolge des Urteils an Attraktivität?

Die Signalwirkung auf junge Leute, die den Beruf ergreifen möchten, ist verheerend. Sie wollen nicht nur einen sinnvollen Beruf, sondern auch entsprechende gesellschaftliche Anerkennung und Bezahlung. Die offenen Stellen im Kanton Zürich konnten zuletzt nur mit grössten Schwierigkeiten besetzt werden. Mit dem jetzigen Entscheid wird es noch schwieriger, Personal zu rekrutieren.

Interview: Philipp Lenherr

Gymi-Lehrer kritisieren neue «Verhaltensnote»

Sonntagszeitung vom 24.9.2017

Lern- und Arbeitsverhalten sollen künftig bei der Aufnahmeprüfung in die Bewertung einfließen

Zürich Für die rund 3000 Jugendlichen, die im Kanton Zürich jedes Jahr zur Aufnahmeprüfung an das Kurzzeit-Gymi antraben, sollen neue Regeln gelten. Die Vornoten aus der Sekundarschule sollen wieder zählen - und als schweizweit erster Kanton soll in Zürich auch eine Note zum «Lern- und Arbeitsverhalten» mitgerechnet werden. Ob ein Schüler pünktlich zum Unterricht erscheint und seine Hausaufgaben macht, entscheidet künftig

mit, ob ein Sek-Schüler den Übertritt ins Gymi schafft. Basis sind die Zeugniseinträge in der Sek-Schule. Dort kreuzen die Lehrer auf einem Formular eines von vier Kästchen an. Die Skala reicht von «ungenügend» bis «sehr gut». Bislang rätselten Schulleiter und Lehrer, wie man das auf den Notenfächer von 1 bis 6 umrechnen soll. Jetzt hat das kantonale Bildungsdepartement entschieden. «Es ist vorgesehen, die vierteilige Beurteilung des Arbeits- und Lernverhaltens in die Noten 3 bis 6 umzurechnen», sagt Niklaus Schatzmann, Chef des Mittelschul- und Berufsbildungsamts des Kantons Zürich. «Dabei soll ein Sehr gut der Note 6 und ein Ungenügend der Note 3 entsprechen.»

Die «Verhaltensnote» wird gleich hoch gewichtet wie Naturwissenschaften, Englisch und Französisch. Jetzt regt sich Kritik gegen das neue Aufnahmereglement. «Es ist mehr als fraglich, ob es Sinn macht, das Lernverhalten mitzurechnen», sagt Silvio Stucki, Präsident des Mittelschullehrpersonenverbandes Zürich (MVZ). Ein gutes Lernverhalten führe in der Regel ohnehin zu guten Fächernoten, daher sei es «überflüssig», das noch zusätzlich separat zu benoten. «Kommt hinzu: Wer ein gutes Arbeits- und Lernverhalten zeigt, das Gelernte aber an Prüfungen und während des Unterrichts nicht auf den Punkt bringen kann, ist im Gymnasium wahrscheinlich nicht am richtigen Ort.»

Dass die Vornoten wieder zählen, werte die Sekundarschulen auf, sagt Kaspar Vogel, Vizepräsident von Sek ZH, dem Verband der Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich. Damit werde zwar der Druck auf die Sek-Lehrer steigen, einen Schüler ins Gymnasium zu bringen. Doch bei der Verhaltensnote verteile sich dieser Druck auf mehrere Personen, da nicht nur die Beurteilung des Klassenlehrers, sondern auch jene der Fachlehrer einfließen würden.

Zudem werde das Lernverhalten standardmässig mit «gut» bewertet, dieses Feld sei im Formular sogar farblich gekennzeichnet. Das entspricht der Note 5. Es brauche viel, bis ein Lehrer das ändere, sagt Vogel. «Die meisten Sekschüler werden deshalb mit einer Bewertung gut an die Gymiprüfung gehen.» Genau das sorgt bei den Gymnasien für Kritik.

«Wenn es standardmässig eine 5 gibt und das nicht angepasst wird, stellt diese Note einen Bonus für die Aufnahme ins Gymnasium dar», sagt Stucki vom Mittelschullehrerverband. «Ich bleibe daher sehr skeptisch, ob diese Änderung Sinn macht.»

Klar ist bereits: Die Einführung des neuen Reglements, für 2019 geplant, wird um ein Jahr verschoben. Aufgrund «einzuhaltender Fristen», wie es im Bildungsdepartement heisst.

Nadja Pastega

1. 10. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598